

Oscar W. Gabriel

ERKLÄREN VON PARTEIENKONFLIKTEN

1. Die Bedeutung alter und neuer Konflikte für den Parteienwettbewerb in westlichen Demokratien

Nach dem Ergebnis zahlreicher empirischer Untersuchungen steht die Parteienforschung seit einiger Zeit vor einer neuen theoretischen Herausforderung. Einer fast fünfzig Jahre dauernden Phase der Stabilität folgte in den westlichen Demokratien eine Periode des Umbruchs, in dessen Verlauf sich die tradierten Parteibindungen der Bevölkerung lockerten und neue Parteien entstanden. CREWE (1985:1) beschreibt den daraus resultierenden Perspektivenwandel der Parteienforschung folgendermaßen "in the early 1970s the watchwords were continuity, stability and resilience; not, as they are now, change, volatility and erosion".

Die konventionellen Forschungsansätze scheinen allenfalls bedingt dazu in der Lage zu sein, diese Veränderungen zu erklären. Gemäß Poppers Devise "Kein Wissen ohne Probleme - aber auch keine Probleme ohne Wissen" (POPPER 1972:104) machen die aufgezeigten Veränderungen nicht nur eine Revision der *Beschreibungen* des Zustands der westeuropäischen Parteiensysteme erforderlich, sie gebieten darüber hinaus die Suche nach theoretischen Alternativen zu den vorherrschenden *Erklärungen* des Parteienwettbewerbs.

In der empirischen Politikwissenschaft fungieren Theorien, d.h. universelle Aussagen über einen systematischen Zusammenhang zwischen mindestens zwei beobachteten Sachverhalten, als Instrumente zur Lösung wissenschaftlicher und praktischer Pro-

bleme. Nach den Standards der empirischen Wissenschaftslehre müssen die Theorien empirisch prüfbar sein, an Tatsachenbeobachtungen scheitern können (vgl. ausführlich: HEMPEL 1972:238ff.; KAMMLER 1976:10ff.). In unserem Falle ist zu prüfen, auf welche Faktoren die beschriebene Veränderung des Parteienwettbewerbs zurückgeführt werden kann.

Als einflußreichster Ansatz auf dem Gebiet der Parteiensoziologie gilt die von LIPSET und ROKKAN (1967) entwickelte Konflikttheorie, die die parteipolitischen Strukturen eines Landes auf die Zahl und Abfolge politisch relevanter sozialer Konflikte oder "Cleavages" zurückführt. Als Cleavage definieren LANE/ERSSON (1987:39f.) "a division on the basis of some criteria of individuals, groups or organizations among where conflict may arise ... Cleavages operate in the social structure dividing it into various collectivities".

Nach LIPSET/ROKKAN (1967) bleibt die parteipolitische Kräfteverteilung in einer Nation so lange stabil, wie sich die Cleavagestruktur der betreffenden Gesellschaft nicht ändert. Ein Strukturwandel des Parteiensystems ist nach den Annahmen der Cleavage-Theorie unter folgenden Bedingungen zu erwarten (vgl. auch DALTON/ROHRSCHEIDER 1990; PAPPI 1990:15):

- (1) bei einer grundsätzlich gleichbleibenden Konfliktstruktur, jedoch einer veränderten Größe der an den Konflikten beteiligten Gruppen,
- (2) beim Auftreten neuer Konfliktlinien oder beim Verschwinden alter Konfliktlinien oder
- (3) bei einer Lockerung der tradierten Parteibindung einzelner gesellschaftlicher Gruppen.

Für die empirische Parteienforschung kommen alle drei Möglichkeiten zur Erklärung des Wandels von Parteiensystemen in Betracht. Eine besondere Bedeutung hatten in der neueren Forschung jedoch Konzepte, die den Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft als die treibende Kraft hinter diesen Veränderungen einschätzen, die also das Verschwinden alter und das Auftreten neuer politischer Spaltungslinien postulieren. Demnach lockerten sich mit dem Anstieg des Bildungsniveaus und die Tertiärisierung des Beschäftigungssystems die Bindungen an die etablierten Par-

teien. Darüber hinaus lösten diese Vorgänge eine Neuformierung der politischen Konfliktstrukturen aus. Die traditionellen sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Gegensätze zwischen den Anhängern rechter und linker Parteien verschwinden zwar nicht, sie werden aber zunehmend durch eine Spannung zwischen den Trägergruppen der postindustriellen und der industriellen Gesellschaft überlagert (vgl. z.B.: BÜRKLIN 1988:101ff.; DALTON 1988:151ff.; DALTON/FLANAGAN/ BECK 1984; DALTON/ROHRSCHEIDER 1990; INGLEHART 1971; 1984; 1990). Das Aufkommen der postindustriellen Konfliktdimension läßt zwei Interpretationen zu:

- (1) die Koexistenz zweier voneinander unabhängiger Konfliktachsen, von denen die Postindustrialismus-Dimension als die neuere zugleich die bedeutsamere ist und
- (2) eine Überlagerung oder Anreicherung der älteren Konflikte durch bzw. um neue, aus dem Übergang zum Postindustrialismus resultierende Elemente.

Die Relevanz der Postindustrialismus-Hypothese für die Erklärung des Wandels der westeuropäischen Parteiensysteme war in der Vergangenheit einigen Einwänden ausgesetzt. Kritiker zogen die Eigenständigkeit des Postindustrialismus als neue, gegenüber dem traditionellen Links-Rechts-Konflikt eigenständige Spaltungslinie in Zweifel und bezeichneten das Aufkommen postmaterialistischer Werte als eine vorübergehende Modeerscheinung (vgl. die Zusammenfassung bei MÜLLER-ROMMEL 1983). Auch gegen die empirische Prüfbarkeit (vgl. LYBECK 1985) oder zumindest gegen die Erklärungskraft der Cleavage-Theorie (vgl. z.B. BOLDT 1981) wurden Einwände erhoben. Von welchen Faktoren der Wandel der westeuropäischen Parteiensysteme letztlich abhängt, kann ebenso wie die Frage, ob in den westlich-demokratischen Industriegesellschaften überhaupt eine neue politische Konfliktlinie entstand, nur durch empirische Analysen geklärt werden. Dementsprechend versucht der folgende Beitrag die Frage zu klären, ob die als "Postindustrialismus" beschriebenen Sachverhalte tatsächlich einen eigenständigen Beitrag zur Beschreibung und Erklärung des Parteienkonfliktes in westeuropäischen Demokratien leisten oder ob zu diesem Zwecke die traditionellen Cleavagevariablen ausreichen. Wenn die erste Annahme zutrifft, dann muß sich im Parteiensystem Westeuropas neben den traditionellen Konflikten eine neue, für die

postindustrielle Gesellschaft typische Spaltungslinie identifizieren lassen, auf der sich neue Parteien von den etablierten politischen "Familien" abheben (vgl. ähnlich: KNUTSEN 1988; 1989).

2. Beschreibung der traditionellen und der neuen Konfliktstrukturen und Operationalisierung der Konzepte

Nach LIPSET und ROKKAN (1967:13ff.) führen die im Modernisierungsprozeß der westlichen Welt auftretenden Gegensätze zwischen Zentrum und Peripherie, Stadt und Land, Kirche und Staat sowie Arbeit und Kapital teils zur Differenzierung, teils zur Vereinheitlichung der nationalen Parteiensysteme. Der in ökonomischen Interessenlagen fundierte Konflikt zwischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien tritt in allen westeuropäischen Demokratien auf. Er bewirkt Differenzierungen *innerhalb* eines nationalen Parteiensystems, trägt aber wegen seines universellen Charakters wenig zur Erklärung von Unterschieden *zwischen* Nationen bei. Diese ergeben sich vielmehr aus der Politisierung der drei zuerst genannten Konflikte. Die empirisch beobachtbaren Strukturen des Parteienkonflikts bewegen sich dabei zwischen zwei Extremen: Im einfachsten Falle wurden die Konflikte zwischen Kirche und Staat, Stadt und Land sowie kulturell-ethnischer Majorität und kulturell-ethnischen Minoritäten sukzessive gelöst, bevor der Konflikt Arbeit-Kapital auftrat. In diesem Falle entstand - wie in Großbritannien - ein eindimensionales, ausschließlich auf dem sozio-ökonomischen Interessenkonflikt zwischen den Arbeitern und den Besitzern von Produktionsmitteln basierendes Zwei-Parteiensystem. Eine derartige Konstellation kann auch auftreten, wenn alle vier Konfliktlinien einander überlagern. Je mehr gesellschaftliche Konflikte dagegen im Verlaufe der Modernisierung eines Landes politisiert wurden, desto größer war die Parteienvielfalt, jedenfalls soweit die Ausgestaltung des Wahlrechts dies ermöglichte. Das gleichzeitige Auftreten mehrerer gesellschaftlicher Konflikte führt somit zur Ausbildung von Vielparteiensystemen (vgl. LIPSET/ROKKAN 1967:46ff.; LIJPHART 1984:147ff.; LANE/ERSSON 1987:37ff.).

LIPSET/ROKKAN (1967) zufolge war die Umsetzung sozialer Konflikte in Parteiloyalitäten in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts abgeschlossen. Die Struktur der nationalen Parteiensysteme und die Verteilung der Parteipräferenzen in den betreffenden Gesellschaften ergab sich aus einem Zusammenspiel des Wahlrechts mit der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Konfliktmuster und der Stärke der an den Konflikten beteiligten Gruppen. Die empirische Relevanz dieser Überlegungen für die Formation westeuropäischer Parteiensysteme wurde vielfach demonstriert (vgl.:

LANE/ERSSON 1987; LIJPHART 1984; MAGUIRE 1983; MAIR 1989; ROSE/URWIN 1970; kritisch hierzu allerdings: BOLDT 1981; LYBECK 1985; SHAMIR 1984).

Den gesellschaftlichen Spaltungen korrespondieren ideologische Gegensätze, die sich in Westeuropa auf dem Links-Rechts-Kontinuum verorten lassen (vgl. detailliert hierzu: BUDGE/ROBERTSON/HEARL 1987; FUCHS/KLINGEMANN 1990; FUCHS/KÜHNEL 1990; THOMAS 1980). Ursprünglich wurde der Links-Rechts-Gegensatz an der Einstellung zu staatlichen Interventionen in den Wirtschaftsprozess festgemacht (vgl. DOWNS 1958), im Laufe der Zeit berücksichtigte man jedoch zusätzlich seine religiöse Komponente (vgl. vor allem: PAPPI/LAUMAN 1974:162ff.; PAPPI 1977:206ff.; 1985). Kaum möglich ist dagegen die Lokalisierung des Stadt-Land- und des Zentrum-Peripherie-Konflikts auf dem Ideologiekontinuum. Wegen der großen Bedeutung des Links-Rechts-Gegensatzes für die Formierung der westeuropäischen Parteiensysteme empfiehlt es sich, neben den sozialstrukturell definierten Cleavage-Indikatoren die traditionelle ideologische Dimension des Parteienkonflikts in die empirische Analyse einzubeziehen. Die beschriebenen ideologisch-strukturellen Faktoren repräsentieren die historisch gewachsenen stabilen Elemente des Parteienwettbewerbs. Sie müßten sich, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen und in abgeschwächter Form, in allen westeuropäischen Parteiensystemen nachweisen lassen.

Die Erklärung der *Neuformierung* der Loyalitätsbeziehungen zwischen den Bürgern und den politischen Parteien basiert auf der Theorie der postindustriellen Gesellschaft (vgl. grundlegend: BELL 1976; zu den politischen und ideologischen Implikationen: THOMAS 1980; TURNER 1989). Diese führt den Strukturwandel der westeuropäischen Parteiensysteme auf die Bildungsrevolution, die Entfaltung einer Dienstleistungsökonomie und den damit verbundenen Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen zurück (vgl. u.a.: BÜRKLIN 1988:125ff.; DALTON 1988:132ff.; DALTON/FLANAGAN/BECK 1984; DALTON/ROHRSCHEIDER 1990; INGLEHART 1971; 1983; 1990; FALTER/SCHUMANN 1992). In ihrer Untersuchung des Wandels westlicher Parteiendemokratien beschreiben DALTON/FLANAGAN/BECK (1984:8) die parteipolitischen Konsequenzen des Postindustrialismus als "...a decomposition of electoral alignments in many Western nations. Parties are fragmenting, and the social and psychological bonds that traditionally link voters to specific parties are weakening - party systems have entered a period of flux". Einen wesentlichen Aspekt dieses Vorganges sehen sie im Aufkommen neuer Parteien bzw. in der Orientierung bereits bestehender Parteien an den Bedürfnis-

sen und Wertorientierungen der Trägergruppen der postindustriellen Gesellschaft: "The process begins with the weakening of traditional political alignments, ... These eroding cleavages mean that many social groups are open to new political appeals and might be mobilized by new issues or a new ideology. If the parties can capture these new issues or ideologies, the widespread partisan mobilization of a *realignment* may result. *Dealignment* represents the absence, however temporary, of channeling party directions. The growth of these newly 'independent' voters is naturally greatest among the groups identified with advanced industrialism: the young, the new middle class, and the highly educated" (DALTON/FLANAGAN/BECK 1984:21; Hervorh. OWG.). Folgt man diesen Überlegungen, dann werden die traditionellen Bindungen der Parteien an bestimmte sozio-politische Gruppen teils obsolet (*dealignment*), teils entstehen neue Konfliktstrukturen, die die alten überlagern, modifizieren oder ergänzen (*realignment*; vgl. ausführlich: DALTON/FLANAGAN/BECK 1984; DALTON/ROHR-SCHNEIDER 1990).

Nach den Annahmen der Cleavage- und der Postindustrialismus-Theorie bestimmen in der gegenwärtigen Übergangsphase traditionelle *und* neue, postindustrielle Cleavages den Parteienwettbewerb in den westeuropäischen Demokratien. Es müßte folglich möglich sein, die Parteien in einem mehrdimensionalen politischen Raum zu lokalisieren, der mindestens durch eine sozio-ökonomische und eine postindustrielle Konfliktachse charakterisiert ist, im Extremfall aber bis zu fünf Konfliktachsen aufweist (vgl. auch: KNUTSEN 1988; 1989).

Die folgende empirische Analyse schließt mit Großbritannien (ohne Nordirland), den Niederlanden, Italien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland fünf Länder ein, deren Parteiensysteme die traditionellen und neuen sozialen Spaltungen auf unterschiedliche Weise reflektieren. Nach LIJPHART (1984:130; vgl. auch: KNUTSEN 1988; 1989:500f.) ist der Parteienwettbewerb in Großbritannien ausschließlich durch den sozio-ökonomischen Interessenkonflikt zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum bestimmt. Das Gegenstück hierzu bilden die Niederlande mit drei für den Parteienwettbewerb hochgradig relevanten Spaltungslinien, dem ökonomischen Interessenkonflikt, dem konfessionellen Konflikt und dem Konflikt zwischen Materialisten und Postmaterialisten. Die Parteiensysteme Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik Deutschland spiegeln ökonomische und konfessionelle Gegensätze wider. Im Falle Frankreichs und Italiens kommt ein mäßig starker konstitutioneller Konflikt zwischen Pro- und Anti-System-Parteien hinzu, der in der folgenden Analyse allerdings unberücksichtigt bleibt. Nach LIJPHART (1984:136f.) besteht in keinem der fünf Parteien-

systeme eine ethnisch-kultureller Konflikt oder ein Stadt-Land-Konflikt.¹ Abweichend von seinen Annahmen dürfte der Materialismus-Postmaterialismus-Cleavage für das bundesdeutsche Parteiensystem der achtziger Jahre mindestens ebenso bedeutsam sein wie für das der Niederlande. Diese Konflikte manifestieren sich in einem unterschiedlich starken Fraktionalisierungsgrad des Parteiensystems, insbesondere dann, wenn das Wahlsystem dem nicht entgegenwirkt. Dementsprechend weist Großbritannien den geringsten Fraktionalisierungsgrad auf, in den Niederlanden und Italien ist die Fraktionalisierung am stärksten ausgeprägt (vgl. zur Struktur der Parteiensysteme und der Cleavages in diesen Ländern: LANE/ERSSON 1978:39ff.; LIJPHART 1984:106ff.; KNUTSEN 1989:499ff.; sowie die Länderstudien in CREWE/DENVER 1985 und DALTON/FLANAGAN/BECK 1984).

3. Die Daten und die Analysestrategie

Ogleich die Cleavage-Theorie ursprünglich als makrosoziologisches Konzept entwickelt wurde, läßt sie sich auch auf der Mikroebene anwenden. Da politische und gesellschaftliche Strukturen auf individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen basieren, behandelt die folgende Untersuchung politische Parteien als Allianzen von *Individuen*, die einander durch gemeinsame Interessen oder Wertvorstellungen verbunden sind. Die Messung der traditionellen und der neuen Konflikte erfolgt auf der Basis von Umfragedaten (so auch: BÜRKLIN 1988; DALTON/FLANGAN/BECK 1984; DALTON 1988; KNUTSEN 1989). Wie LYBECK (1985:108f.) aufzeigte, ist die Prüfung der LIPSET/ROKKAN-Theorie unter mehreren Gesichtspunkten möglich. In unserem Zusammenhang steht ausschließlich die Erklärungsleistung dieses Ansatzes für die westeuropäischen Parteiensysteme der achtziger Jahren zur Debatte.

Die empirische Erfassung der für unsere vier Länder relevanten Konfliktmerkmale wirft unterschiedliche Probleme auf. Aus dem genannten Grunde bleiben *Stadt-Land- und Zentrum-Peripherie-Konflikte* unberücksichtigt. Dies ist auch deshalb gerechtfertigt, weil die vorhandenen Daten in den verstädterten und durch eine hochgradige räumliche Mobilität charakterisierten Gesellschaften Westeuropas keine brauchbare Operationalisierung dieser Konfliktdimensionen erlauben. Die *Schichtzugehörigkeit* wurde in den ausgewerteten Umfragen nur über eine ausgesprochen oberflächliche Kategorisierung

¹ Im Hinblick auf den ethnisch-kulturellen Konflikt hätte sich die Einbeziehung Belgiens angeboten. Dies war allerdings nicht sinnvoll, weil das belgische Parteiensystem diese Konfliktdimension bereits organisatorisch widerspiegelt. Alle nationalen Parteien gliedern sich in einen flämischen und in einen wallonischen Zweig. Die übrigen westlichen Demokratien mit einer starken ethnisch-kulturellen Spaltung

der Berufstätigkeit der Befragten bzw. der Haushaltungsvorstände ermittelt: In diesem Sinne wird auf der sozio-ökonomischen Konfliktdimension zwischen den Berufsgruppen der Arbeiter und der Alten Mittelschicht unterschieden.² Erstere bilden die soziale Basis sozialdemokratischer/sozialistischer Parteien, letztere stehen in einer Allianz mit bürgerlichen Parteien. Brauchbar sind die Indikatoren der *Zugehörigkeit* zu einer *Glaubensgemeinschaft*, doch fehlen Angaben zur *Intensität* der kirchlichen Bindung, die für die Analyse der religiösen Komponente des Parteienwettbewerbs in den konfessionell homogenen Gesellschaften Frankreichs und Italiens bedeutsam wären. Dieser Aspekt wird aber zumindest grob über den Gegensatz zwischen konfessionell gebundenen und kirchlich nicht gebundenen Befragten erfaßt. In sämtlichen Ländern wurde die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche, in den Niederlanden und in Großbritannien zusätzlich die Mitgliedschaft in der evangelischen/angelikanischen Kirche berücksichtigt.³ Zur Erfassung der traditionellen ideologischen Konflikte kam die Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum hinzu.

Der *Postindustrialismus-Theorie* wurden die Variablen formales Bildungsniveau, Zugehörigkeit zur Neuen Mittelschicht und der von INGLEHART (1971) entwickelte Materialismus-Postmaterialismus-Index entnommen. Das Fehlen kirchlicher Bindungen läßt sich ebenfalls in das Postindustrialismuskonzept integrieren. Diese Faktoren sind für die Formierung neuer postmaterialistisch-alternativer Parteien bedeutsam.

Die Parteibindung der Befragten als abhängige Variable wurde über die Wahlabsichtsfrage erfaßt.

Die Grundlage der empirischen Analyse bildet ein aus den EUROBAROMETER-Umfragen 26 und 27 gebildeter Datensatz. Die Daten wurden im Herbst 1986 und im Frühjahr 1987 erhoben und umfassen in den fünf Ländern jeweils um 2000 Fälle.⁴ Als Verfahren zur Datenanalyse eignet sich die Diskriminanzanalyse (vgl. u.a.: KLECKA 1980; NORUSIS 1986:B11ff.; SCHUCHARD-FICHER 1982:151ff. m.w.L.; ähnlich auch: KNUTSEN 1988:327ff.; 1989:499, 527ff.). Wie die Regressions- bzw. Varianzanalyse verfolgt sie das Ziel, aus einer Linearkombination mehrerer unabhängiger Variabler möglichst genau die Werte einer abhängigen Variablen vorherzusagen. Da

gehören nicht der EG an.

² Genauere Hinweise auf die Operationalisierung der einzelnen Variablen finden sich im Anhang.

³ In der Bundesrepublik erwies sich die Einbeziehung der Variablen "evangelisch" als überflüssig. Bei ihrer Berücksichtigung im Analysemodell änderten sich die Ergebnisse nicht substantiell. In diesem Falle wurde die Variable "katholisch" aus dem Modell eliminiert. Die Variable "evangelisch" übernahm statt dessen mit einem umgekehrten Vorzeichen deren Funktion.

dieses Verfahren für die Analyse nominalskaliertes abhängiger Variablen entwickelt wurde, eignet es sich für unsere Zwecke besser als die Regressions- oder Varianzanalyse. Ein Problem bei seiner Anwendung ergibt sich allerdings aus den Skaleneigenschaften der meisten unabhängigen Variablen. In der Diskriminanzanalyse ist die Verwendung nominalskaliertes Erklärungsvariablen nicht möglich. Deshalb wurden die qualitativen Variablen Konfession und Schicht in mehrere Dummy-Größen transformiert. Die ordinalskalierten Variablen Bildung, Materialismus/Postmaterialismus und Links-Rechts-Selbsteinstufung werden wie ratioskalierte Größen behandelt. Da die Diskriminanzanalyse als eine sehr robuste Technik gilt, dürfte der aus der Verletzung der Modellannahmen resultierende Fehler nicht allzu schwerwiegend ausfallen.

Neben der Zuordnung der Befragten zu einer bestimmten Gruppe erlaubt die Diskriminanzanalyse die Kombination mehrerer unabhängiger Variablen zu einer begrenzten Zahl von Diskriminanzfunktionen, die wie die Faktoren einer Faktorenanalyse interpretiert werden können. Auf diese Weise kann festgestellt werden, ob sich die Cleavage-Variablen zu Diskriminanten gruppieren. Im Idealfalle entspräche die Zahl der Diskriminanten der Zahl der für die Formierung eines Parteiensystems relevanten Spaltungslinien (vgl. auch KNUTSEN 1988; 1989:499ff.). In Anbetracht der kleinen Zahl von Cleavage-Indikatoren ist diese Erwartung jedoch unrealistisch. Insofern interessiert primär die Frage, ob mindestens eine Diskriminante den traditionellen Links-Rechts-Gegensatz und die ihm zugrundeliegenden sozialen Konflikte abbildet und ob sich darüber hinaus eine zweite, durch die Variablen der Postindustrialismus-Theorie definierte Diskriminante identifizieren läßt.

Schließlich vergleicht die Diskriminanzanalyse die aus den theoretischen Annahmen prognostizierten Gruppenzugehörigkeiten mit der empirisch ermittelten Parteipräferenz der Befragten. Hohe Übereinstimmungen zwischen der Modellschätzung und den empirischen Beobachtungen sprechen für die Brauchbarkeit des Diskriminanzmodells. Dagegen stellen unscharfe Gruppentrennungen die Eignung der zur Klassifikation benutzten Variablen in Frage. Auf dieser Grundlage läßt sich feststellen, in welchen Ländern unsere theoretischen Konzepte den Parteienkonflikt besonders gut beschreiben und für welche Parteien dies gilt.

⁴ genauere Angaben im Anhang 1.

4. Die Relevanz der traditionellen und der neuen Cleavages für die Parteibindungen in den fünf Staaten

4.1. Das Grundmodell

In einem ersten Untersuchungsschritt wurde eine Diskriminanzanalyse unter Berücksichtigung sämtlicher Variabler und sämtlicher Merkmalsausprägungen der Wahlabsichtsfrage durchgeführt. Mit diesem vollständigen Modell gelang weder die Ermittlung theoretisch sinnvoller Diskriminanten noch eine zufriedenstellende Abgrenzung der parteipolitischen Lager. In Entsprechung mit unseren Annahmen wurden für Italien und für die Niederlande die meisten statistisch signifikanten Diskriminanten ermittelt, nämlich vier. Im Widerspruch zu LUPHARTs Konzept fällt die Zahl der Diskriminanten in der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien gleich groß aus, Italien weist ebensoviele Konfliktlinien auf wie die Niederlande. Der Anteil der durch das Modell korrekt zugeordneten Befragten lag in den Niederlanden und Frankreich unter 30 Prozent, in Italien bei 33 Prozent, in Großbritannien bei 39 Prozent der Befragten. Lediglich in der Bundesrepublik ergab sich mit 44 Prozent korrekt klassifizierten Befragten eine einigermaßen zufriedenstellende Lösung. In Anbetracht der skizzierten Unzulänglichkeiten ist eine eingehende Kommentierung der Ergebnisse dieser Analyse nicht erforderlich. Andererseits wäre es voreilig, das unbefriedigende Ergebnis als Beleg für die Inadäquanz der Cleavage- und der Postindustrialismus-Theorie für die Erklärung der Strukturen des Parteienwettbewerbs in unseren fünf Ländern zu interpretieren; denn bereits bei geringfügigen Modifikationen des Ausgangsmodells verbessert sich die Erklärungsleistung beträchtlich.

Vergleichsweise einfach war diese Verbesserung des Analysemodells für die Bundesrepublik. Da auf die DKP und NPD jeweils weniger als zehn Nennungen entfielen, wurden sie aus der Diskriminanzanalyse herausgenommen. Eine etwas weitergehende Modifikation der Analysestrategie war im Falle Großbritanniens erforderlich. Zunächst erwies es sich als zweckmäßig, die Wähler der sozialliberalen Mitte (Liberals, Social Democrats und Alliance) zu einer Gruppe zusammenzufassen. Zu einer weiteren Verbesserung führte der Ausschluß der Anhänger der schottischen und walischen Nationalisten ($N=16$) aus der Analyse. In Italien stellte sich die Sachlage ähnlich dar wie in Großbritannien. Da sich die Wähler der drei kleinen laizistischen Mitteparteien PSDI,

PRI und PLI einerseits sowie der kleinen Linksparteien PR und DP andererseits offenkundig aus einer soziologisch und ideologisch sehr ähnlichen Klientele rekrutieren, wurden sie jeweils zu einer Gruppe zusammengefaßt.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien war die Bestimmung eines adäquaten Diskriminanzmodells für die Niederlande und Frankreich schwierig, da mehrere Versuche zu ähnlichen Ergebnissen führten. Ich stelle deshalb jeweils die Modellvariante vor, die eine theoretisch plausible Interpretation der Diskriminanten erlaubt und zudem einen möglichst großen Anteil korrekter Zuordnungen ergibt. Im Interesse der Sparsamkeit der Modelle bleiben Diskriminanten mit einem geringen Beitrag zur Varianzreduktion unberücksichtigt. Dies gilt auch für Diskriminanten, die die Parteien im politischen Raum ähnlich positionieren wie eine bereits zuvor ermittelte Trennfunktion. Unter Berücksichtigung dieser Kriterien ergibt sich die folgende Gruppierung der französischen Parteien: Die Wähler des MRG und des PS sowie der drei in der UDF zusammengeschlossenen Parteien bilden jeweils eine Gruppe. Die Wähler des PSU (N=36) bleiben unberücksichtigt. Aus der für die Niederlande durchgeführten Analyse werden die Anhänger der fünf kleinen Rechtsparteien (N=55) ausgeschlossen, die beiden links-alternativen Parteien PPR und PSP werden gemeinsam mit den Kommunisten einer Gruppe zugeordnet.

Die nachfolgende Präsentation der Ergebnisse umfaßt vier Schritte:

- (1) Die Ermittlung der Variablen und Diskriminanten, die die sozialstrukturelle und ideologische Basis der fünf nationalen Parteiensysteme bilden,
- (2) die inhaltliche Interpretation der Beziehung zwischen den diskriminierenden Variablen und den Diskriminanten, aus der sich eine Beschreibung der Dimensionen des Parteienkonflikts in den fünf Staaten ergibt,
- (3) die Lokalisierung der Parteien im politischen Raum und
- (4) die Untersuchung der Güte der Gruppenzuordnungen.

4.2. Die Dimensionen des Parteienwettbewerbs in den fünf Ländern

Von den acht bzw. neun schrittweise in die Analyse einbezogenen Variablen leistete nur die Selbsteinstufung der Befragten auf dem Links-Rechts-Kontinuum in allen fünf Ländern einen statistisch signifikanten Beitrag zur Beschreibung des Parteienwettbewerbs. Sie fand ausnahmslos im ersten Schritt Aufnahme in das Diskriminanzmodell und kann somit als der wichtigste Bestimmungsfaktor des Parteienkonflikts in den fünf westeuropäischen Demokratien angesehen werden (vgl. Tabelle 1). Die Annahmen über die abnehmende Bedeutung des Links-Rechts-Konfliktes für den Parteienwettbewerb in Westeuropa sind somit empirisch nicht stichhaltig (vgl. auch mit einem anderen Instrument: KNUTSEN 1988; 1989:507ff.). Läßt man diesen Faktor unberücksichtigt, dann verschlechtert sich die Leistungsfähigkeit der Diskriminanzmodelle drastisch. Wie die Cleavage-Theorie unterstellt, bedürfen soziale Konflikte einer Politisierung, um für die Formierung eines Parteiensystems relevant zu werden. Der Links-Rechts-Gegensatz erfüllt in allen fünf untersuchten Staaten diese Umsetzungsfunktion, zumindest trägt er dazu bei, Parteipräferenzen zu rationalisieren und zu begründen.

Tabelle 1: Die Relevanz der Variablen für die Diskriminanzfunktionen (Angaben: Wilk's Lambda)

	BRD	NL	GB	ITA	FRA
LINKS-RECHTS-EINSTUFUNG	.66932 ¹	.50768 ¹	.63557 ¹	.46806 ¹	.48276 ¹
MATERIALISMUS/POSTMATERIAL.	.62359 ²	.42961 ³	n.s.	.39106 ⁵	n.s.
ALTER/SCHULABSCHLUSS.	.59214 ³	.41330 ⁴	.62708 ²	.43582 ²	n.s.
KONFESSIONSLOS	.57836 ⁴	.44735 ²	n.s.	n.e.	.46345 ³
KATHOLISCH	.56389 ⁵	.39700 ⁷	.60642 ⁵	.41500 ³	n.s.
ARBEITER	.56046 ⁶	.40428 ⁵	n.s.	.39973 ⁴	.47300 ²
ANGELIKANISCH/EVANGELISCH	n.e.	.39045 ⁸	.60286 ⁶	n.e.	n.e.
ALTE MITTEL-SCHICHT	n.s.	.38869 ¹⁰	.62084 ³	n.s.	n.s.
NEUE MITTEL-SCHICHT	n.s.	.40068 ⁶	.61206 ⁴	n.s.	.45859 ⁴
KONFESSIONSLOS	.39120 ^{9a}				

Anmerkung:

1,2,3,4,5,6,7,8,9: Einbeziehung in das Modell im nten Schritt

a: Nach dem 8. Schritt wieder aus dem Modell entfernt

In Übereinstimmung mit den Annahmen der Cleavage-Theorie spielen nach der Kontrolle des Links-Rechts-Gegensatzes sozio-ökonomische Konflikte in allen fünf Ländern eine eigenständige Rolle für den Parteienwettbewerb: Die Variable

"Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft" erbringt in vier Ländern einen statistisch signifikanten Beitrag zur Beschreibung des Parteienkonflikts. Interessanterweise trifft dies nur für Großbritannien nicht zu, das Land also, in dem der Parteienkonflikt angeblich ausschließlich durch sozio-ökonomische Gegensätze bestimmt ist (vgl. LIJPHART 1984:129ff.). Möglicherweise läßt sich diese Abweichung der Daten von unseren Annahmen durch das Phänomen des Working Class-Toryism erklären (vgl. näheres bei DÖRING 1990), möglicherweise sind aber auch der Klassenkonflikt und der Links-Rechts-Gegensatz in Großbritannien in einem derartigen Maße identisch, daß man zur Analyse von Parteipräferenzen nur eine der beiden Variablen benötigt. In Frankreich wurde die Schichtvariable "Arbeiter" unmittelbar nach dem Links-Rechts-Gegensatz ins Diskriminanzmodell einbezogen. Dagegen kommt ihr in Italien, den Niederlanden und der Bundesrepublik eine nachrangige Bedeutung zu. Einen unterschiedlichen Einfluß auf die Formation des Parteiensystems übt die Zugehörigkeit zur Alten Mittelschicht aus. Nach einer Kontrolle der Links-Rechts-Position steht sie nur in Großbritannien und in den Niederlanden in einer statistisch signifikanten Beziehung zur Parteipräferenz. In Großbritannien wurde sie im dritten Schritt, in den Niederlanden als letzte Variable in die Berechnung der Diskriminanten einbezogen. Mindestens eine der sozio-ökonomischen Cleavage-Variablen spielt somit eine eigenständige Rolle bei der Beschreibung und Erklärung des Parteienwettbewerbs in unseren fünf Ländern. In den Niederlanden sind beide Variablen relevant. Wie dieses Ergebnis zeigt, koinzidiert der Links-Rechts-Gegensatz mit sozioökonomischen Konflikten.

Der in allen fünf Ländern zu konstatierende Einfluß der religiösen Bindungen auf die der Parteipräferenz der Befragten widerspricht LIJPHARTs (1984:130, Tab. 8.1) These, der Parteienkonflikt in Großbritannien sei ausschließlich durch sozio-ökonomische Gegensätze bestimmt. Erwartungsgemäß stellt die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche die wichtigste religionsbezogene Variable dar. Nur in Frankreich fällt sie aus dem Diskriminanzmodell heraus. Hier kommt - mit entgegengesetztem Vorzeichen - der Konfessionslosigkeit die Funktion zu, die in den übrigen vier Ländern die Bindung an die katholische Kirche erfüllt. In der Bundesrepublik beeinflußt zusätzlich die Konfessionslosigkeit die Parteipräferenz, in den Niederlanden und in Großbritannien gilt dies für die Mitgliedschaft in der evangelischen bzw. anglikanischen Kirche. Während die religiösen Variablen in den beiden romanischen Ländern bereits im dritten Schritt ins Diskriminanzmodell einbezogen wurden, waren sie in der Bundesrepublik Deutschland, in Großbritannien und in den Niederlanden bei einer Kontrolle des Einflusses von Ideologie und Schichtzugehörigkeit von nachrangiger Bedeutung.

Von den aus der Postindustrialismus-Theorie entnommenen Variablen ist das formale Bildungsniveau in vier Ländern für den Parteienwettbewerb bedeutsam, lediglich für Frankreich trifft dies nicht zu. Die eigenständige parteipolitische Relevanz dieser Variablen zeigt sich daran, daß sie in zwei Ländern (Großbritannien und Italien) bereits im zweiten Schritt in die Diskriminanzfunktion eingeht. In der Bundesrepublik und in den Niederlanden stellt sie die wichtigste sozialstrukturelle Variable dar. Bei einer Kontrolle der übrigen Größen trägt die Zugehörigkeit zur Neuen Mittelschicht in Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich etwas zur Erklärung der Parteistrukturen bei.

Abweichend von Lijpharts Annahmen beeinflußt der Materialismus-Postmaterialismus-Gegensatz nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland und Italien den Parteienkonflikt. Er wird in der Bundesrepublik und in den Niederlanden nach der Links-Rechts-Variablen ins Diskriminanzmodell einbezogen, in Italien dagegen erst im letzten Schritt. In Großbritannien und Frankreich ist das Materialismus-Postmaterialismus-Phänomen bei einer Kontrolle der übrigen Variablen parteipolitisch irrelevant.

Zusammenfassend stellt sich der Links-Rechts-Gegensatz in allen fünf Staaten als die für den Parteienwettbewerb bedeutsamste Größe dar. In vier der fünf Länder kommen das Bildungsniveau oder die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft hinzu. Mindestens eine Schichtvariable, eine religiöse Variable und eine der Postindustrialismus-Theorie entnommene Variable prägt also den Parteienkonflikt. In ihm manifestieren sich in allen fünf Staaten traditionelle und neue Cleavages. Allerdings unterscheiden sich die konkrete Konfiguration und das Gewicht dieser Variablen von Land zu Land. In den Niederlanden basiert der Parteienwettbewerb auf zahlreichen strukturellen und ideologischen Faktoren, in Frankreich spielen neben dem Links-Rechts-Gegensatz nur wenige Sozialstrukturvariablen eine eigenständige Rolle. Die Verhältnisse in der Bundesrepublik, in Großbritannien und Italien liegen zwischen den beschriebenen Extremen. Zu ähnlichen Schlußfolgerungen, einer in Einzelheiten allerdings anderen Interpretation, kommt auch KNUTSEN (1989:507ff.).

ähnlichen Schlußfolgerungen, einer in Einzelheiten allerdings anderen Interpretation, kommt auch KNUTSEN (1989:507ff.).

4.3. Die Zahl der substantiell interpretierbaren Diskriminanten

Die Bestimmung der Zahl der Diskriminanten ist vor allem im Hinblick auf die Frage von Interesse, ob sich die traditionellen sozio-ökonomischen, konfessionellen und ideologischen Cleavages empirisch von den für postindustrielle Gesellschaft typischen Spaltungslinien trennen lassen. Für die Entscheidung über die Zahl der Diskriminanten ist zunächst das formale Kriterium der statistischen Signifikanz maßgeblich. Unter diesem Gesichtspunkt lassen sich in der Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich zwei, in Italien drei und in den Niederlanden vier Diskriminanten feststellen.

Tabelle 2: Ermittlung der Zahl der Diskriminanzfunktionen

Fkn	Eigenwert	Pct Varianz	kanon. Korr	Nach Wilks' Fkn Lambda	Chi ²	FG	Sig.	
BRD			:	0	.5605	844.181	18	.0000
1*	.5916	83.07	.6097 :	1	.8920	166.580	10	.0000
2	.1163	16.33	.3288 :	2	.9958	6.136	4	.1892
3	.0042	.59	.0648 :					
NL			:	0	.3887	1491.657	32	.0000
1*	1.1228	84.71	.7273 :	1	.8251	303.481	21	.0000
2*	.1413	10.66	.3519 :	2	.9417	94.866	12	.0000
3	.0492	3.71	.2166 :	3	.9880	10.003	5	.0019
4	.0121	.91	.1094 :					
GB			:	0	.6029	689.519	12	.0000
1*	.6368	97.94	.6237 :	1	.9868	18.133	5	.0028
2	.0134	2.06	.1150 :					
ITA			:	0	.3911	1169.379	25	.0000
1*	1.1975	88.35	.7382 :	1	.8594	188.774	16	.0000
2	.1067	7.87	.3105 :	2	.9510	62.518	9	.0000
3	.0464	3.42	.2105 :	3	.9951	6.063	4	.1945
4	.0034	.25	.0585 :	4	.9986	1.786	1	.1814
5	.0014	.11	.0379 :					
FRA			:	0	.4568	1039.192	20	.0000
1	1.1251	97.74	.7276 :	1	.9746	34.345	12	.0006
2	.0196	1.70	.1386 :	2	.9937	8.490	6	.2043
3	.0063	.55	.0792 :	3	.9999	.096	2	.9532
4	.0001	.01	.0085 :					

*: In der weiteren Analyse verbleibende Diskriminanzfunktionen

Dieses Ergebnis stützt Lijpharts Annahmen über die Beziehung zwischen der Zahl der Cleavages und der Struktur des Parteiensystems; denn die Parteiensysteme Italiens und der Niederlande weisen eine deutlich stärkere Fraktionalisierung auf als die Großbritanniens, der Bundesrepublik und Frankreichs (vgl. LANE/ERSSON 1987:163ff.; STROM 1989:237). Über die inhaltliche Bedeutung der ermittelten Diskriminanten ist damit allerdings noch keine Aussage getroffen.

Die erste Diskriminante bindet in den Niederlanden, Frankreich und Italien mehr als fünfzig, in der Bundesrepublik und in Großbritannien nahezu vierzig Prozent der Varianz der Sozialstruktur- und Ideologievariablen.⁵ Sie repräsentiert demnach in allen untersuchten Ländern eine bedeutsame Trennlinie zwischen den politischen Parteien. Auch die zweite Diskriminante leistet in der Bundesrepublik, in den Niederlanden und Italien mit über zehn bzw. acht Prozent Varianzreduktion einen substantiellen Beitrag zur Analyse des Parteienkonfliktes. Demgegenüber binden die weiteren Diskriminanten jeweils weniger als fünf Prozent Varianz, in Frankreich und Großbritannien kommt bereits der zweiten Diskriminanten kein eigenständiger Erklärungswert mehr zu. Die erste durch das Modell geschätzte Trennfunktion fungiert somit entweder als die einzige oder als die weitaus wichtigste Spaltungslinie in allen fünf nationalen Parteiensystemen.

Formal-statistische Testgrößen eignen sich zwar als Entscheidungshilfe bei der Interpretation der Diskriminanten, eine sinnvolle Aussage über die Zahl und die Bedeutung der für den Parteienkonflikt maßgeblichen Dimensionen hat sich aber vorrangig an substantiellen Überlegungen auszurichten. Wichtig sind dabei die theoretische Interpretierbarkeit der Diskriminanten und die Plausibilität der Parteipositionen auf den Trennfunktionen. Unter diesen Gesichtspunkten bietet sich für Frankreich und Großbritannien ein eindimensionales Modell des politischen Raumes an, für die Bundesrepublik und Italiens werden zwei, für die Niederlande drei Dimensionen benötigt.

4.4. Die Beziehung der Variablen zu den Diskriminanten

Die Beziehung zwischen den Erklärungsvariablen und den Diskriminanten gibt Aufschluß über die inhaltliche Bedeutung der Trennfunktionen. Die folgende Interpretation basiert auf den standardisierten Diskriminationskoeffizienten, die im Falle

⁵ Gemessen am Quadrat des kanonischen Korrelationskoeffizienten zwischen Diskriminante und Variablen.

mehrdimensionaler Lösungen rotiert wurden. Soweit hilfreich, ziehe ich zur Interpretation ergänzend die Korrelationen zwischen Variablen und Diskriminanten heran, ohne allerdings die entsprechenden Tabellen zu präsentieren.

4.4.1. Traditionelle Spaltungslinien

4.4.1.1. Die Bedeutung des Links-Rechts-Gegensatzes

Daß der Links-Rechts-Gegensatz das prägende Merkmal des Parteienkonflikts in den fünf Ländern darstellt, ist plausibel und war nach den bisher präsentierten Ergebnissen zu erwarten. Im Hinblick auf das von einigen Forschern behauptete Ende der Ideologie überrascht allenfalls die eindeutige Dominanz des Links-Rechts-Gegensatzes im Parteienwettbewerb der fünf Staaten. Wie aus Tabelle 3-1 hervorgeht, fungiert die Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum in allen fünf Ländern als Markierungsitem der ersten Diskriminanten. Der Diskriminanzkoeffizient variiert zwischen .93 (BRD) und .97 (Großbritannien) und liegt damit erheblich über den Ladungsgewichten aller anderen Variablen.

Tabelle 3-1: Standardisierte (rotierte) Koeffizienten der ersten Diskriminanzfunktion

	BRD	NL	GB	ITA	FRA
LINKS-RECHTS-EINSTUFUNG	<u>.92688</u>	<u>.94252</u>	<u>.96526</u>	<u>.97075</u>	<u>.95727</u>
KATHOLISCH	<u>.28960</u>	.00492	-.09167	.05456	n.s.
ALTER/ SCHULABSCHL.	<u>.22323</u>	.11547	.04617	.19022	n.s.
MATERIALISMUS/ POSTMATERIAL.	-.17656	-.16897	n.s.	-.05197	n.s.
KONFESSIONSLOS	.15253	n.s.	n.s.	n.e.	-.14442
ARBEITER	-.13200	-.08235	n.s.	-.12941	-.17738
ALTE MITTEL- SCHICHT	n.s.	.08562	<u>.21743</u>	n.s.	n.s.
NEUE MITTEL- SCHICHT	n.s.	.11244	<u>.20727</u>	n.s.	-.10738
EVANGELISCH/ ANGELIKANISCH	n.e.	.01938	.13037	n.e.	n.e.
Prozent gebundene Varianz	77.03	76.01	100.00	88.29	100.00

Der Tatbestand, daß politische Ideologien mehr zur Erklärung von Partei-
bindungen beitragen als Gruppenbindungen, ist plausibel und widerspricht nicht den
Annahmen der Cleavage-Theorie. Diese interpretiert Cleavages bekanntlich als *politi-
sierte* soziale Konflikte. In dieser Deutung fungieren Ideologien als Vermittlungsgrößen

zwischen Gruppenbindungen und politischen Verhaltensabsichten (vgl. z.B. BÜRKLIN 1988:69ff.; LANE/ERSSON 1987:84ff.; PAPPI/LAUMAN 1974; PAPPI 1977; ZUCKERMAN 1982).

4.4.1.2. Sozio-ökonomische Konflikte, Ideologie und Parteienwettbewerb

Nachdem sich der Links-Rechts-Gegensatz erwartungsgemäß als der dominierende Faktor im Parteienwettbewerb der fünf untersuchten Länder erwies, bleibt zu klären, ob die Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum mit religiösen und sozio-ökonomischen Größen verbunden ist und wie sich diese Verbindung in den einzelnen Ländern darstellt. Nach den Annahmen der Cleavage-Theorie ist folgendes Beziehungsmuster zu erwarten: Wenn der Links-Rechts-Gegensatz in sozio-ökonomischen und religiösen Konflikten fundiert ist und wenn diese neben der politischen Ideologie einen eigenständigen Beitrag zur Beschreibung und Erklärung des Parteienwettbewerbs leisten, müßten die einschlägigen Variablen statistisch signifikante Ladungskoeffizienten auf der ersten Diskriminanten aufweisen. Darüber hinaus lassen sich die folgenden Erwartungen über die Vorzeichen der Koeffizienten formulieren: Die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft dürfte negativ auf der ersten Diskriminanten laden, während die Zugehörigkeit zur Alten Mittelschicht in positiver Beziehung zu ihr stehen dürfte.

Die theoretisch erwartete Polarisierung zwischen Arbeiterschaft und Alter Mittelschicht auf der ersten Diskriminanten zeigt sich lediglich in den Niederlanden, und auch dort nur in schwacher Ausprägung. In drei der vier verbleibenden Länder weist die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft das erwartete Vorzeichen auf, lediglich in Großbritannien ist dies nicht der Fall. Dort steht aber die Zugehörigkeit zur Alten Mittelschicht in der theoretisch postulierten Beziehung zum Links-Rechts-Konflikt (vgl. Tabelle 3-1). Zieht man zur Interpretation ergänzend die Korrelationskoeffizienten zwischen den Variablen und der ersten Diskriminanten heran, dann ergeben sich ausnahmslos erwartungskonforme Beziehungsmuster. Die Korrelationskoeffizienten zwischen den beiden Schichtindikatoren und der ersten Diskriminante weisen entgegengesetzte Vorzeichen auf. Der Links-Rechts-Gegensatz ist somit in allen fünf Ländern mit sozio-ökonomischen Konflikten verknüpft. Nach einer Kontrolle der Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum tragen sie aber nur noch begrenzt zur Erklärung von Parteienkonflikten bei. Von den beiden sozio-ökonomischen Variablen ist die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft die parteipolitisch relevantere.

4.4.1.3. Religiöse Konflikte, Ideologie und Parteienwettbewerb

Im Links-Rechts-Konflikt finden nicht nur sozio-ökonomische, sondern auch sozio-kulturelle Gegensätze ihren Ausdruck. PAPPI (1977:206ff.; vgl. auch: PAPPI/LAUMAN 1974: 162ff.) beschreibt den religiösen Traditionalismus als ein strukturbestimmendes Merkmal des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik. Demzufolge weisen Katholiken im Hinblick auf bestimmte weltanschauliche Fragen (z.B. Ehescheidung, Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches) konservativere Vorstellungen auf als Nichtkatholiken. Eine vergleichbare Konstellation ist auch in Italien, Frankreich und den Niederlanden zu erwarten. In der Tagespolitik dieser Länder wurden religiöse Konflikte jedenfalls mehrfach aktualisiert. In Großbritannien ist auf Grund der historisch bedingten Verknüpfung von Religion und Schichtzugehörigkeit mit einer Affinität der Katholiken zu linken Positionen rechnen. Abgesehen von Großbritannien bilden vermutlich weniger die Protestanten als die konfessionslosen Befragten den Gegenpol zu den Katholiken. In Frankreich und Italien fallen die Protestanten zahlenmäßig nicht ins Gewicht, in den Niederlanden und in Großbritannien tendieren sie zu konservativen politischen Einstellungen. Eine wichtige Veränderung für die parteipolitische Umsetzung des Konfliktes zwischen Katholiken und Protestanten in den konfessionell heterogenen Gesellschaften der Bundesrepublik und der Niederlande brachte darüber hinaus die Bildung interkonfessioneller Mitteparteien mit sich. In vier der fünf Länder sind demnach positive Ladungsgewichte der Variablen "katholisch" und "evangelisch bzw. anglikanisch" und negative Ladungsgewichte der Variablen "konfessionslos" auf der ersten Diskriminanten zu erwarten. Bei sonst gleichen Strukturen ist der Katholizismus in Großbritannien mit linken ideologischen Präferenzen verknüpft.

Auch diese Erwartung bestätigt sich nur zum Teil. Läßt man zunächst den noch gesondert zu erörternden Fall der Niederlande unberücksichtigt, dann steht die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche in der Bundesrepublik, in Italien und in Großbritannien in der erwarteten Beziehung zur ersten Diskriminanten, allerdings in Italien mit einem ausgesprochen niedrigen Ladungsgewicht. Für Frankreich bestätigt sich zwar die Erwartung über das Verhältnis von Katholizismus und Links-Rechts-Orientierung nicht, doch weist die Variable "konfessionslos" das erwartete Vorzeichen auf. Dies ist in keinem anderen Land der Fall. Die in Großbritannien bestehende Beziehung zwischen der Mitgliedschaft in der anglikanischen Kirche und der ersten Diskriminanten ist theoriekonform (vgl. Tabelle 3-1). Noch deutlicher wird die Verbindung zwischen religiösen Bindungen und der ideologischen Basis des Parteienwettbewerbs bei einer Inspektion der Korrelationskoeffizienten, die außer in den Niederlanden den Erwartungen entsprechen. Die Beziehung zwischen Religion, Links-Rechts-Orientierung und Parteien-

wettbewerb gleicht der bei der Analyse der sozio-ökonomischen Grundlage des Parteienwettbewerbs ermittelten Struktur: Sie stützt weitgehend, wenn auch nicht vollständig und durchgängig, die Annahmen der Cleavage-Theorie. Der für den Parteienwettbewerb maßgebliche Links-Rechts-Konflikt weist in der Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und Frankreich eine religiöse Komponente auf. Nach der Kontrolle der Links-Rechts-Selbsteinstufung fällt sie unterschiedlich stark aus und wird teils über den Katholizismus, teils über den Laizismus vermittelt.

Auf Grund der spezifischen politischen Traditionen stellt sich die Beziehung zwischen Religion und Parteienkonflikt in den Niederlanden anders dar als in den übrigen vier Ländern. Wie die Bundesrepublik gehören die Niederlande zu den konfessionell heterogenen Gesellschaften Westeuropas (vgl. LANE/ERSSON 1987:56ff.). Allerdings wurde die konfessionelle Spaltung des bundesdeutschen Parteiensystems dreißig Jahre früher überwunden als in den Niederlanden. Während die religiösen Konflikte in der Bundesrepublik in etwa parallel zu den sozio-ökonomischen Gegensätzen verlaufen, ist das niederländische Parteiensystem in dieser Hinsicht stärker ausdifferenziert. Die traditionelle religiöse Versäulung der politischen Gemeinschaft zeigt sich auch heute noch in Struktur des Parteienkonflikts. Zwar weist der Links-Rechts-Konflikt in den Niederlanden die erwartete sozio-ökonomische Polarisierung zwischen Arbeiterschaft und Alter Mittelschicht auf. Im Gegensatz zur Bundesrepublik existiert aber zusätzlich eine davon unabhängige religiöse Konfliktachse. Auf der zweiten Diskriminanzfunktion laden die Variablen "katholisch" und "evangelisch" hoch positiv, erstaunlicherweise weist die Variable "konfessionslos" aber keine negative Ladung auf. Die Säkularisierungsvariable war zwar bereits im zweiten Schritt in die Diskriminanzfunktion einbezogen worden, nach der Aufnahme der beiden anderen religionsbezogenen Variablen wurde sie aber wieder entfernt. Die Korrelation zwischen der Diskriminanten und den drei einschlägigen Variablen zeigt allerdings das erwartete Muster. Der stark positive Zusammenhang der Merkmale "katholisch" und "evangelisch" mit dem Parteienwettbewerb reflektiert vermutlich den Zusammenschluß der zuvor getrennt auftretenden konfessionellen Parteien zum CDA. Da zwischen dem Religionsfaktor und der Links-Rechts-Selbsteinstufung keine Beziehung besteht, unterscheidet sich das Parteiensystem der Niederlande von dem der anderen vier Länder durch zwei Merkmale: Die religiösen Bindungen stellen eine eigenständige, nicht über den Links-Rechts-Gegensatz vermittelte Konfliktdimension im Parteienwettbewerb dar, und dadurch erweist sich die Konfliktstruktur in diesem Lande als besonders differenziert.

4.4.1.4. Zusammenfassung

Nach den bisher vorgelegten Ergebnissen ist der Parteienkonflikt in der Bundesrepublik, den Niederlanden, Großbritannien, Italien und Frankreich maßgeblich vom Gegensatz zwischen rechten und linken Ideologien bestimmt. Die ideologische Polarisierung hängt in allen fünf Ländern mit sozio-ökonomischen Interessenpositionen zusammen, die sich aus der Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft bzw. zum Alten Mittelstand ergeben. In vier der fünf Länder deckt der Links-Rechts Konflikt zugleich religiöse Überzeugungen ab. Lediglich in den Niederlanden zeigt sich eine eigenständige, vom Links-Rechts-Antagonismus unabhängige religiöse Spaltung. Die bislang noch ausgeklammerten Variablen Materialismus-Postmaterialismus, Bildungsniveau und Neue Mittelschicht stehen in einigen Ländern gleichfalls mit dem Links-Rechts-Gegensatz in Verbindung. Soweit sie parteipolitische Relevanz gewinnen, sind sie jedoch für eine zweite bzw. dritte Diskriminante bedeutsamer. Die Relevanz des traditionellen, sozio-ökonomisch und sozio-kulturell fundierten Links-Rechts-Gegensatzes für den Parteienwettbewerb in den fünf untersuchten Staaten besteht auch in den achtziger Jahren fort. In Frankreich und in Großbritannien basiert der Parteienkonflikt praktisch ausschließlich auf diesem traditionellen Gegensatz. In ihrer erweiterten und modifizierten Form leistet die Cleavage-Theorie nach wie vor einen wichtigen Beitrag zur Erklärung des Parteienwettbewerbs.

4.4.2. Die Bedeutung des Postindustrialismus-Konflikts für den Parteienwettbewerb

Nach unseren theoretischen Annahmen müßte die zweite Diskriminante die für die postindustrielle Gesellschaft typischen politischen Konflikte abbilden. Diese Vermutung konnte für Großbritannien und in Frankreich empirisch nicht erhärtet werden, vielmehr ergaben die für diese beiden Länder durchgeführten Analysen lediglich eine empirisch sinnvoll interpretierbare Diskriminante. Dies schließt aber die Möglichkeit nicht aus, daß die für die postindustrielle Gesellschaft typischen Spannungen Eingang in den traditionellen Links-Rechts-Gegensatz gefunden haben und diesen mit neuen Inhalten versehen (vgl. INGLEHART 1984). Diese Annahme findet in den Daten jedoch keinen Rückhalt: Weder in Frankreich noch in Großbritannien besteht nach einer Kontrolle der Links-Rechts-Selbsteinstufung ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Materialismus-Postmaterialismus-Variablen und der ersten Diskriminanten. Ebenso wenig stützen die Beziehungen zwischen dem Bildungsniveau bzw. der Zugehörigkeit zur Neuen Mittelschicht und der ersten Diskriminanten die These von

einer Neuaufwertung des Links-Rechts-Gegensatzes in der britischen und französischen Politik. Aus einer Analyse der Korrelationskoeffizienten zwischen den einschlägigen Variablen und der Links-Rechts-Diskriminanten ergeben sich ebenfalls keine überzeugenden Anhaltspunkte für eine Koinzidenz von traditionellen und neuen Konflikten. Die Feststellung, daß der Parteienwettbewerb in Frankreich und Großbritannien ausschließlich die traditionellen ideologischen, religiösen und ökonomischen Konflikte reflektiert, behält insofern ihre Gültigkeit. Zu ähnlichen Ergebnissen für Großbritannien kam KNUTSEN (1988; 1989:519f.), in Frankreich dagegen ermittelte er eine eigenständige Bedeutung des Postmaterialismus-Phänomens.

Dagegen repräsentiert in der Bundesrepublik und in Italien die zweite Diskriminante eindeutig die Postindustrialismus-Dimension. In den Niederlanden gilt dies für die dritte Diskriminante (vgl. tendenziell ähnlich: KNUTSEN 1989:519ff.). Abgesehen von der Zahl der Diskriminanten unterscheiden sich die Ladungsmuster in diesen drei Ländern nur graduell voneinander: In der Bundesrepublik und in Italien fungiert das formale Bildungsniveau als Markierungssitem des zweiten Faktors. Daneben weist auch der Postmaterialismus-Index eine deutliche Ladung auf der zweiten Diskriminanten auf. In den Niederlanden stellt die Postmaterialismus-Variable das Markierungssitem der dritten Diskriminanten dar, fast die gleiche Bedeutung aber kommt der Schulbildung zu. Die weiteren Ladungen bzw. die Korrelationskoeffizienten zwischen Variablen und Diskriminanten unterstreichen ebenfalls die Bedeutung dieser Trennfunktionen als Postindustrialismus-Dimension. Die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft korreliert ausnahmslos negativ mit dieser Diskriminanten, die Zugehörigkeit zur Neuen Mittelschicht und die Konfessionslosigkeit positiv (vgl. Tabelle 3-2).

Tabelle 3-2: Standardisierte (rotierte) Koeffizienten der zweiten und der dritten Diskriminanzfunktion

	BRD	NL2	NL3	ITA
ALTER/SCHULABSCHLUSS	<u>.55253</u>	-.10527	<u>.52350</u>	<u>.62847</u>
KONFESSIONSLOS	<u>.47432</u>	n.s.	n.s.	n.s.
MATERIALISMUS/ POSTMATERIALISMUS	<u>.45247</u>	.14763	<u>.58584</u>	<u>.37003</u>
ARBEITER	-.14544	-.03171	<u>-.38302</u>	-.02087
KATHOLISCH	.08577	<u>.96023</u>	.06363	<u>-.46942</u>
LINKS-RECHTS- EINSTUFUNG	.00366	-.00094	-.00677	.00177
ALTE MITTELSCHICHT	n.s.	-.08055	.20874	n.s.
NEUE MITTELSCHICHT	n.s.	-.19540	-.05390	n.s.
EVANGELISCH/ ANGELIKANISCH	n.e.	<u>.80645</u>	.26533	n.e.
Prozent gebundene Varianz	22.79	17.53	6.46	11.71

Damit erweist sich die Postindustrialismus-Dimension in den Parteiensystemen von drei der fünf Länder als eigenständige, im Vergleich mit dem traditionellen Links-Rechts-Gegensatz jedoch nachrangige Größe. Die nun folgenden Analysen werden zeigen, daß diese neue Konfliktachse in erster Linie eine Spaltung innerhalb des linken Lagers repräsentiert.

5. Die Position der Parteien im politischen Raum

Nach unseren bisherigen Ergebnissen weist der politische Raum Frankreichs und Großbritanniens eine sehr einfache Struktur auf. Die traditionelle ideologische Spaltung zwischen Links und Rechts trennt die Parteien voneinander. In beiden Ländern ist sie mit sozio-ökonomischen und religiösen Konflikten verbunden. Die Position der britischen Parteien bzw. Parteiformationen entspricht den Erwartungen. Zwischen den rechts stehenden Konservativen und der linken Labour-Party befinden sich, allerdings im linken Sektor des Parteienspektrums, die kleinen sozialliberalen Parteien. Mit einer Ausnahme entsprechen auch die für Frankreich ermittelten Ergebnisse den Erwartungen. Entsprechend ihrer ideologischen Position weisen die Kommunisten, die Sozialisten (PS, MRG) und die Écologistes negative Zentroid-Werte auf der ersten Diskriminanten auf, UDF, RPR und FN dagegen positive. Allerdings ist der RPR überraschenderweise rechts vom Front National plaziert (vgl. Tabelle 4).

Komplexer stellt sich die Struktur des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland, Italien und den Niederlanden dar. Abgesehen von der ausschließlich für die Trennung zwischen dem CDA und den übrigen niederländischen Parteien relevanten religiösen Konfliktlinie besteht der politische Raum dieser drei Länder aus zwei Konfliktachsen, die einen linken und einen rechten sowie einen postindustriellen und einen nicht-postindustriellen Sektor markieren.

Im linken postindustriellen Sektor lokalisiert das Modell die bundesdeutschen GRÜNEN und die durch eine Zusammenfassung der Parteien der Neuen Linken gebildeten niederländischen und italienischen Gruppen CPN/PPR/PSP bzw. DP/PR. Weiterhin befinden sich die linksliberalen niederländischen Demokraten 66 und der PCI in diesem Teil des politischen Raumes. Die Positionen der Parteien auf den beiden Diskriminanten entsprechen ausnahmslos den Erwartungen.

Tabelle 4: Einordnung der Gruppenzentroide auf den Diskriminanzfunktionen

PARTEI	FUNKTION1	FUNKTION2	FUNKTION3
<u>BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND</u>			
CDU/CSU	.90118	-.20390	
FDP	.16583	.21256	
SPD	-.57493	-.12789	
GRÜNE	-.81588	1.07259	
<u>NIEDERLANDE</u>			
LINKS-ALTERNATIVE	-1.37128	-.54620	.84861
PVDA	-1.01312	-.31397	-.19249
D66	-.24788	-.27570	.33654
CDA	.94399	.68622	-.14711
VVD	1.18209	-.30358	.16565
<u>GROSSBRITANNIEN</u>			
KONSERVATIVE	.84101		
LIBERALE/SOZIALDEMOKRATEN	-.24011		
LABOUR	-.99238		
<u>ITALIEN</u>			
PCI	-1.34746	.15811	
UNORTH. LINKE	-1.09650	1.33842	
PSI	-.41202	-.10400	
MITTE	.55242	.05101	
DC	.87839	-.31554	
MSI	2.54673	.07283	
<u>FRANKREICH</u>			
PC	-1.60982		
PS,MRG	-.84224		
ECO	-.33718		
UDF	.91622		
FN	1.35566		
RPR	1.45115		

Im Einklang mit unseren Annahmen weisen die GRÜNEN sowie die Links-Alternativen in den Niederlanden und Italien auf der Postindustrialismus-Dimension die weitaus höchsten Werte von allen untersuchten Parteien auf. Auf der Links-Rechts-Dimension stehen sie in den Niederlanden und in der Bundesrepublik links von den Sozialdemokraten, in Italien zwischen PCI und PSI, aber deutlich näher beim PCI. Keine dieser Zuordnungen erscheint unplausibel. Gewisse Vorbehalte sind allenfalls gegenüber der Position der italienischen Kommunisten auf der Postindustrialismus-Dimension angebracht. In Anbetracht der Verankerung des PCI in der Indu-

striearbeiterschaft wäre eher eine Ausrichtung seiner Wähler an materialistischen Wertorientierungen zu erwarten gewesen. Möglicherweise findet die Position des PCI im Postindustrialismus-Sektor ihre Erklärung in der stark negativen Beziehung zwischen der zweiten Diskriminanten und der katholischen Religionszugehörigkeit.

Den Gegenpol zu den alternativen Parteien bilden die im rechten nicht-postindustriellen Sektor platzierten christdemokratischen Parteien CDU/CSU, CDA und DC. Die CDU/CSU nimmt die am weitesten rechts liegende Position im Parteiensystem der Bundesrepublik ein, und auch im Hinblick auf die Orientierung an materialistischen Werten markiert sie die Gegenposition zu den GRÜNEN. Die DC befindet sich weit links vom MSI. Wie die CDU/CSU ist sie im nicht-postindustriellen Sektor des Konfliktsystems verankert, jedoch besetzt sie im Vergleich mit den Unionsparteien eine profiliertere Position auf dieser Konfliktachse. Dies dürfte wiederum durch die Verbindung Religion-Postindustrialismus bedingt sein. Wie in Italien existiert in den Niederlanden mit der VVD eine Partei rechts vom CDA. Im Unterschied zu Italien und der Bundesrepublik haben sich die niederländischen Christdemokraten etwas näher am postindustriellen Sektor platziert als die Sozialdemokraten. Hierfür dürfte die hohe negative Ladung der Arbeitervariablen auf dieser Diskriminante verantwortlich sein.

Als Gegenspieler der großen bürgerlichen Parteien befinden sich die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien erwartungsgemäß in der linken Hälfte des nicht-postindustriellen Sektors. Die SPD, die PvdA und der PSI sind von ihren bürgerlichen Konkurrenten auf der Links-Rechts-Dimension getrennt, nehmen aber im Hinblick auf die für den Postindustrialismus typischen Konflikte eine mit diesen vergleichbare Position im politischen Raum ein. Diese Konstellation entspricht insofern den theoretischen Erwartungen, als der Parteienkonflikt in Westeuropa bis in die siebziger Jahre durch den Gegensatz zwischen rechten bürgerlichen Parteien und linken Arbeiterparteien bestimmt war. In Großbritannien und Frankreich, den beiden Ländern, in denen der Postindustrialismus-Konflikt nicht nachweisbar war, trifft dies auch heute noch zu. An der Lage der einzelnen sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien in diesem Quadranten läßt sich das Ausmaß erkennen, in dem sich die traditionelle Linke den Anliegen der Neuen Politik geöffnet hat. Offenkundig ist dieser Prozeß in Italien am weitesten fortgeschritten. Der PCI als die führende italienische Linkspartei hat sich bereits im links-alternativen Sektor des Parteiensystems platziert. Die Tatsache, daß die Positionen der SPD, der PvdA und des PSI nicht sehr weit vom Nullpunkt der Postindustrialismus-Achse entfernt sind, zeigt, daß die Wählerschaft dieser Parteien neben

der traditionellen Linken eine relativ starke, der Neuen Linken zuzuordnende Gruppe umfaßt.

Den vierten Quadranten besetzen die FDP, der VVD, die aus den kleinen Mitteparteien Italiens gebildete Gruppe sowie der MSI. Während die Position der Liberalen im politischen Raum plausibel ist, trifft dies für den MSI auf den ersten Blick nicht zu. Schon auf Grund ihrer politischen Tradition weisen die liberalen Mitteparteien eine Affinität zu den postmaterialistischen Zielen "Meinungsfreiheit" und "Mitbestimmung" auf. Auch im Hinblick auf die Beziehung zwischen dem Postindustrialismus-Faktor sowie den Variablen Bildungsniveau und Zugehörigkeit zur Neuen Mittelschicht leuchtet ihre Position im politischen Raum ohne weiteres ein. Demgegenüber wäre zu erwarten gewesen, daß die Neofaschisten dem für materialistische Wertvorstellungen wichtigen Ziel der Inneren Sicherheit einen hohen Stellenwert einräumen und daß sich ihre Anhänger primär aus den unteren Bildungsstand rekrutieren. Eine mögliche Erklärung für die erwartungswidrige Lage des MSI stellt die stark negative Beziehung zwischen dem Postindustrialismus-Faktor und der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche dar. Möglicherweise repräsentiert der MSI das antiklerikale Element im rechten Sektor des italienischen Parteiensystems.

Insgesamt gesehen liefert das Modell eine plausible Beschreibung und Erklärung der Parteiensysteme der fünf westeuropäischen Demokratien. Die Diskriminanzfunktionen sind inhaltlich sinnvoll zu interpretieren. Von den erwähnten Ausnahmen abgesehen (MSI, FN, RPR), weist das Modell allen untersuchten Parteien eine plausible Position im politischen Raum zu.

6. Die Zuordnung der Befragten zu den Parteien

Eines der wichtigsten Kriterien für die Beurteilung der Qualität einer Diskriminanzanalyse stellt die vom Modell vorgenommene Zuordnung der Befragten zu den parteipolitischen Gruppierungen dar. Als Grundlage hierfür dienen die unstandardisierten Diskriminanzkoeffizienten. Neben den korrekten Klassifikationen können zur Interpretation der Ergebnisse auch die Fehlklassifikationen herangezogen werden, da sie auf strukturelle Überschneidungen des Wählerreservoirs der Parteien aufmerksam machen. Dieser Aspekt bleibt nachfolgend allerdings unberücksichtigt (vgl. Tabelle 5).

Im Hinblick auf die Übereinstimmung zwischen der durch die Modelle prognostizierten und der empirisch ermittelten Parteipräferenz liefert das Diskriminanzmodell für Großbritannien (60.23% korrekte Zuordnungen), die Bundesrepublik Deutschland (56.30%) und die Niederlande (54.58%) zufriedenstellende Resultate. Für Italien und für Frankreich gilt dies bei Anteilen von 41.40 bzw. 36.15 Prozent nur eingeschränkt. In Anbetracht der zahlreichen Umgruppierungen im französischen Parteiensystem der Vierten und Fünften Republik (vgl. die Hinweise bei LEWIS-BECK 1984) stellt der Unterschied zwischen Frankreich und den übrigen vier Ländern keine Überraschung dar. Das vergleichsweise schlechte Ergebnis für Italien läßt sich vornehmlich auf starke Überlappungen in der Wählerschaft der fünf Regierungsparteien zurückführen.

Die politischen Parteien repräsentieren die für die untersuchten Gesellschaften typischen sozialstrukturellen und ideologischen Gegensätze in unterschiedlichem Maße. Von den wichtigsten Parteien bzw. Parteiformationen in den fünf Ländern grenzt das Diskriminanzmodell die Kommunisten und die links-alternativen Gruppierungen besonders klar ein (vgl. Tabelle 5). Der Anteil korrekter Zuordnungen bewegt sich zwischen 47.8 (PCI) und 72.7 Prozent (Linksalternative, NL). Von den beiden rechts-extremen Parteien schätzt das Modell den MSI sehr gut, die Wählerschaft des FN ordnet es dagegen zum größten Teil dem ideologisch benachbarten RPR zu. Eine zufriedenstellende Klassifikation ergibt sich auch für die meisten christlich-demokratischen und konservativen Parteien. Besonders hoch fällt der Anteil korrekter Zuordnungen beim CDA, den britischen Konservativen und der CDU/CSU aus. Weitgehend unbrauchbar ist das Modell für die Vorhersage der Parteipräferenz der DC-Wähler. Dies dürfte wieder auf die für Italien typischen zentristischen Koalitionen zurückzuführen sein. Von den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien weisen die Labour Party und die SPD das eindeutigste ideologische und sozialstrukturelle Profil auf. Als einigermaßen zufriedenstellend ist auch die Zuordnung der PvdA- und der PSI-Wähler anzusehen. Nur unwesentlich besser als bei einer Zufallsverteilung fällt das Ergebnis dagegen für den PS/MRG aus.

Eine klare sozialstrukturelle bzw. ideologische Basis der liberalen Parteien ermittelt das Modell nur in zwei Fällen, nämlich für die niederländischen Rechtsliberalen (VVD) und die britischen Mitteparteien. Im übrigen liegt der Anteil korrekter Zuordnungen zwischen zwanzig und dreißig Prozent. Dieser Sachverhalt reflektiert die Position der Liberalen in der Mitte des Links-Rechts-Kontinuums sowie deren Einbindung in sozialdemokratisch und konservativ geführte Regierungskoalitionen. Auf diese Weise kommt es zu einer starken Überschneidung zwischen der Wählerschaft der Liberalen

und ideologisch benachbarten Parteien. Nach dem starken Schrumpfen des Anteils der Selbständigen, einer klassischen Klientelgruppe der Liberalen, wurde auch deren sozialstrukturelle Basis wesentlich diffuser als die der Arbeiterparteien und der christlich-demokratischen Parteien.

Vergleicht man die Ergebnisse unserer empirischen Untersuchung mit den Thesen über den Wandel der westeuropäischen Parteien zu gesellschaftlich und ideologisch konturenarmen "Allerweltparteien" (vgl. KIRCHHEIMER 1966; GUGGENBERGER 1984:175ff.), dann zeichnen sich einige Parteien durch ein überraschend scharfes ideologisches und sozialstrukturelles Profil aus. Ob es in der Vergangenheit noch deutlicher ausgeprägt war, läßt sich auf der Basis einer Querschnittsanalyse natürlich nicht feststellen. Allen Konvergenztendenzen zum Trotz stützt unsere Analyse jedoch die Hypothese, daß besonders die wählerstarken Parteien der rechten und linken Mitte in ihren traditionellen Kerngruppen nach wie vor stark überrepräsentiert sind. WOLINETZ (1979:24) stellt in seiner kritischen Auseinandersetzung mit KIRCHHEIMER fest: "...the catch all statement has greater validity as a statement of changes in party style and strategy and functions than as a change in party alignments".

Zusätzlich zu den alten ideologischen Gegensätzen und ihrer sozialen Basis etablierte sich in einigen westeuropäischen Ländern eine neue, in der Sozialstruktur und den Wertorientierungen der postindustriellen Gesellschaft verankerte Spaltungslinie, die vor allem einen Differenzierungsprozeß im linken Lager impliziert. In ihrer Verbindung leisten die Cleavage- und die Postindustrialismustheorie einen Beitrag zur Erklärung des Parteienkonfliktes in den fünf untersuchten Ländern. Allerdings enthält die um ideologische Faktoren erweiterte Cleavage-Theorie die für die Parteienwettbewerbsstrukturen bedeutsameren Variablen. Weitere, hier nicht im einzelnen zu diskutierende, Verbesserungen des Erklärungsmodells sind zu erzielen, wenn man die Analyse auf die Hauptkonkurrenten auf dem politischen Markt eingrenzt.

Erklären von Parteienkonflikten

Tabelle 5: Klassifikationsergebnisse (Angaben: Anteil korrekt klassifizierter Fälle)

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: 56.30% korrekt klassifizierte Fälle

GRUPPE	N	Geschätzte Gruppenzugehörigkeit			
		CDU,CSU	SPD	GRUENE	FDP
CDU,CSU	678	61.9	17.7	3.7	16.7
SPD	742	15.5	54.4	18.2	11.9
GRUENE	197	7.6	21.8	55.8	14.7
FDP	74	31.1	31.1	13.5	24.3
NICHTGRUPPIERT	387	18.9	38.5	19.6	23.0

NIEDERLANDE: 54.58% korrekt klassifizierte Fälle

GRUPPE	N	PVDA	CDA	VVD	D66	ALT
PVDA	610	45.9	11.6	3.9	11.6	26.9
CDA	535	6.5	72.0	12.7	8.0	.7
VVD	246	4.5	36.2	48.0	10.2	1.2
D66	170	18.2	17.1	13.5	28.8	22.4
ALTERNATIVE	110	17.3	6.4	0.0	3.6	72.7
NICHTGRUPPIERT	359	20.3	32.9	14.5	24.2	8.1

GROSSBRITANNIEN: 60.23% korrekt klassifizierte Fälle

GRUPPE	N	KONS.	LAB.	MITTE
KONSERVATIVE	641	68.3	8.3	23.4
LABOUR	490	8.8	57.6	33.7
MITTE	365	22.2	28.2	49.6
NICHTGRUPPIERT	486	24.7	24.3	51.0

ITALIEN: 41.40% korrekt klassifizierte Fälle

GRUPPE	N	PCI	PSI	MITTE	DC	MSI	LI
PCI	335	47.8	19.4	2.1	3.0	0.9	26.9
PSI	252	19.8	40.1	9.9	8.7	3.2	18.3
MITTE	143	5.6	23.8	19.6	22.4	16.8	11.9
DC	456	1.1	20.4	21.5	36.2	18.2	2.6
MSI	60	.0	5.0	3.3	15.0	75.0	1.7
LINKE	80	17.5	6.3	11.3	1.3	1.3	62.5
NICHTGRUPPIERT	825	7.4	43.8	19.8	10.9	4.4	13.8

FRANKREICH: 36.15% korrekt klassifizierte Fälle

GRUPPE	N	PC	PS	ECO	UDF	RPR	FN
PC	96	66.7	14.6	13.5	2.1	3.1	0.0
PS,MRG	618	32.7	28.5	33.7	2.9	0.8	1.5
ECO	142	14.8	14.8	57.7	8.5	2.1	2.1
UDF	260	1.2	1.2	31.2	28.1	24.5	13.8
RPR	265	0.4	0.8	18.1	18.9	47.2	14.7
FN	74	6.8	1.4	21.6	17.6	44.6	8.1
NICHTGRUPPIERT	543	7.7	5.2	70.9	9.6	4.8	1.8

7. Schlußbemerkung

In der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien, Italien und Frankreich gibt es keine Hinweise auf eine abnehmende Relevanz des traditionellen Links-Rechts-Konfliktes für den Parteienwettbewerb. Vielmehr trennt er die konkurrierenden politischen Parteien aller fünf Ländern in einer nachvollziehbaren Weise voneinander. Die Zuordnung der sozio-ökonomischen und der religiösen Spaltungen zum Links-Rechts-Gegensatz entspricht überwiegend den theoretischen Annahmen. Der traditionelle Sektor des Konfliktsystems westeuropäischer Staaten ist vom Gegensatz zwischen sozialdemokratischen/sozialistischen und christlich-demokratischen bzw. konservativen Parteien bestimmt (vgl. ähnlich: LANE/ERSSON 1987; und LIJPHART 1984). Die in der Cleavage-Theorie enthaltenen Annahmen über die soziale Basis des Parteienwettbewerbs treffen für unsere fünf Länder zu. Obgleich natürlich keine deterministische Beziehung zwischen Gruppenzugehörigkeit, ideologischer Position und Parteipräferenz besteht, macht die Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen und die Identifikation mit bestimmten ideologischen Positionen die Präferenz für bestimmte Parteien wahrscheinlich.

Verglichen mit den traditionellen strukturellen und ideologischen Spannungen ist das Postindustrialismus-Phänomen für den Parteienwettbewerb selbst in den Ländern, in denen es den Parteienkonflikt beeinflusst, von untergeordneter Bedeutung. Während die Lage der französischen und britischen Parteien im sozio-politischen Raum ausschließlich die traditionellen Konflikte reflektiert, entwickelte sich in der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden und Italien eine eigenständige Postindustrialismusdimension, die für die politischen Erfolge links-alternativer Parteien maßgeblich gewesen sein dürfte. Der mit dem Postindustrialismus verbundene Strukturwandel des Parteiensystems stellt sich somit primär als Differenzierungsprozeß innerhalb der Linken dar. Zur Kerngruppe der neu entstandenen links-alternativen Parteien entwickelten sich formal gut gebildete, überwiegend in Dienstleistungsberufen tätige, postmaterialistisch eingestellte Personen. Sie sind durch ihre soziale Herkunft und ihre Wertorientierungen von der traditionellen Klientelgruppe der Sozialdemokraten, den Industriearbeitern mit einer schwachen religiösen Bindung getrennt. Nicht von ungefähr kommt dem Postmaterialismus-Phänomen in der Bundesrepublik und in den Niederlanden eine besondere Relevanz zu, zwei Ländern, in denen es zuvor links von den Sozialdemokraten keine zahlenmäßig bedeutsame Partei gab. In beiden Ländern gelang es den Alternativen, die Position der radikalen Linken besetzen, diese aber zugleich mit den Inhalten der Neuen Politik zu verbinden. In den Niederlanden wurde dieser Prozeß mittlerweile durch die Bildung eines linken Parteienbündnisses unter Einschluß der

Kommunisten institutionalisiert. Die für Italien ermittelten Strukturen widersprechen dem nur scheinbar. Seit den siebziger Jahren befindet sich der PCI in einem Prozeß der Umwandlung in eine sozialdemokratische Partei, die in der Umbenennung der Partei und in der Reform des Parteiprogramms und der Parteistatuten einen ersten Abschluß fand. Durch die "Sozialdemokratisierung" des PCI, die sich in unserem Modell in der räumlichen Nähe zum PSI manifestierte, entstand auch in Italien eine Marktlücke für links-alternative Gruppierungen. Deren Wähler werden durch unser Modell relativ klar von der traditionellen Linken getrennt. In der rechten Hälfte des politischen Spektrums ist ein vergleichbarer Differenzierungsprozeß zwischen traditionellen und neuen Gruppierungen nicht erkennbar. Die konservativen und christlich demokratischen Parteien halten die Position der materialistischen Rechten besetzt, die parteipolitische Formierung einer postmaterialistischen Rechten steht bislang noch aus.

Die Cleavage-Theorie hat somit nach wie vor einen Nutzen für die empirische Parteienforschung. Sie erklärt die Verankerung der traditionellen politischen "Familien" in spezifischen sozialen und ideologischen Milieus und trägt dadurch zum Verständnis der *Stabilität* westeuropäischer Parteiensysteme bei. Darüber hinaus erleichtert sie das Verständnis von "Entsäulungsprozessen", die vornehmlich aus demographischen und kulturellen Wandlungsprozessen, d.h. einem Schrumpfen der Kerngruppen christlich-demokratischer, liberaler, sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien resultieren. Diese Lockerung traditioneller Bindungen ermöglicht die Neustrukturierung von Parteiloyalitäten, die sich bislang allerdings nur im linken Lager nachweisen lassen. Auf der Basis des Postindustrialismus-Phänomens vollzieht sich eine Differenzierung in eine alte und eine neue Linke.

Wie unsere Analyse zeigt, eignen sich die Theorien und Methoden der erfahrungswissenschaftlichen Politikwissenschaft dazu, die Strukturen des Parteienwettbewerbs in westeuropäischen Demokratien zumindest näherungsweise zu erfassen. Da das politische Verhalten nicht mechanisch dem Stimulus-Response-Modell entspricht, war eine vollständige Erklärung der politischen Strukturen ohnehin nicht zu erwarten. Zugleich macht unsere Analyse deutlich, daß theoretische Konzepte im Laufe der Zeit in Folge gesellschaftlicher Veränderungen an Erklärungskraft einbüßen können. Dies zwingt zu einer Modifikation der ursprünglichen theoretischen Annahmen. Die Methode von Versuch und Irrtum führt nicht allein zur Korrektur von Theorien, sie stellt auch viele Alltagsgewißheiten in Frage, die der traditionellen Politikwissenschaft als bevorzugte Erkenntnisquelle dienen. Ein Beispiel hierfür stellt die populäre, empirisch jedoch nicht belegbare These über das Ende der Ideologien dar.

LITERATURHINWEISE

- ALT, James 1984: Dealignment and the Dynamics of Partisanship in Britain, in: DALTON, Russell J./FLANGAN, Scott C./BECK, Paul Allen, Hrsg.: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment, Princeton, N.J.: Princeton University Press, S. 298-329.
- BELL, Daniel 1976: The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting, New York: Basic Books.
- BOLDT, Hans 1981: Stein Rokkans Parteitheorie und die Vergleichende Verfassungsgeschichte, in: ALBERTIN, Lothar/LINK, Werner, Hrsg.: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Düsseldorf: Droste, S. 91-107.
- BUDGE, Ian/ROBERTSON, David/HEARL, Derek, Hrsg. 1987: Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies, Cambridge et al.: Cambridge University Press.
- BÜRKLIN, Wilhelm P. 1988: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen: Leske und Budrich.
- CREWE, Ivor 1985: Introduction: Electoral Change in Western Democracies, in: CREWE, Ivor/DENVER, David, Hrsg.: Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility, New York: St. Martin's Press; S. 1-22.
- DALTON, Russell J. 1988: Citizen Politics in Western Democracies. Public Opinion and Political Parties in the United States, Great Britain, West Germany, and France, Chatham, N.J.: Chatham House Publishers.
- DALTON, Russell J./ROHRSCHEIDER, Robert 1990: Wählerwandel und die Abschwächung von Parteineigungen von 1972 bis 1987, in: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter, Hrsg.: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 297-324.
- DÖRING, Herbert 1990: Wählen Industriearbeiter zunehmend konservativ? Die Bundesrepublik Deutschland im westeuropäischen Vergleich, in: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter, Hrsg.: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 31-88.
- DOWNS, Anthony 1957: An Economic Theory of Democracy, New York: Harper and Row.
- FALTER, Jürgen W./Schumann, Siegfried 1992: Politische Konflikte, Wählerverhalten und die Struktur des Parteiensystems, in: GABRIEL, Oscar W. Hrsg.: Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Opladen: Westdeutscher Verlag, S.
- FUCHS, Dieter/KLINGEMANN, Hans-Dieter 1990: The Left-Right Schema, in: JENNINGS, M. Kent/VAN DETH, Jan W., Hrsg.: Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin/New York: de Gruyter, S. 203-234.

- FUCHS, Dieter/KÜHNEL, Steffen 1990: Die evaluative Bedeutung ideologischer Selbstidentifikation, in: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter, Hrsg.: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 217-252.
- HEMPEL, Carl G. 1972: Wissenschaftliche und historische Erklärungen, in: ALBERT, Hans, Hrsg.: Theorie und Realität. Ausgewählte Aufsätze zur Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften, 2. veränderte Auflagen, Tübingen: Mohr, S. 237-261.
- INGLEHART, Ronald 1971: The Silent Revolution in Europe. Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: APSR 65, S. 991-1017.
- INGLEHART, Ronald 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- INGLEHART, Ronald 1979: Value Priorities and Socio-Economic Change, in: BARNES, Samuel H./KAASE, Max et al.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage, S. 343-380.
- INGLEHART, Ronald 1984: The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society, in: DALTON, Russell J./FLANAGAN, Scott C./BECK, Paul Allen, Hrsg.: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies, Realignment or Dealignment, Princeton: Princeton University Press, S. 25-69.
- INGLEHART, Ronald 1990: Culture Shift in Advanced Industrial Society, Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- KAMMLER, Hans 1976: Logik der Politikwissenschaft, Wiesbaden: Akademische Verlagsgesellschaft.
- KLECKA, William R. 1980: Discriminant Analysis, Beverly Hills/London/New Delhi: Sage.
- KNUTSEN, Oddbjörn 1988: The Impact of Structural and Ideological Party Cleavages in West European Democracies: A Comparative Empirical Analysis, in: BJPS 18, S. 323-352.
- KNUTSEN, Oddbjörn 1989: Cleavages Dimensions in Ten West European Countries: A Comparative Empirical Analysis, in: CPS 21, S. 495-534.
- LANE, Jan-Erik/ERSSON, Svante O. 1987: Politics and Society in Western Europe, Beverly Hills/London/New Delhi: Sage.
- LEWIS-BECK, Michael 1984: France: The Stalled Electorate, in: DALTON, Russell J./FLANAGAN, Scott C./BECK, Paul Allen, Hrsg.: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment, Princeton, N.J.: Princeton University Press, S. 425-450.
- LIPHART, Arend 1984: Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries, New Haven/London: Harvard University Press.
- LIPSET, Seymour M./ROKKAN, Stein 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments, in: LIPSET, Seymour M./ROKKAN, Stein, Hrsg.: Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York/London: Collier, MacMillan, S. 1-64.

- LYBECK, Johan A. 1985: Is the Lipset-Rokkan Hypothesis Testable? in: *Scandinavian Political Studies* 8, S. 105-113.
- MAGUIRE, Maria 1983: Is There Still Persistence? Electoral Change in Western Europe, in: DAALDER, Hans/MAIER, Peter, Hrsg.: *Western European Party Systems. Continuity and Change*, Beverly Hills/London/New Delhi: Sage, S. 67-94.
- MAIR, Peter 1989: The Problem of Party System Change, in: *Journal of Theoretical Politics* 1, S. 251 - 276.
- MÜLLER-ROMMEL, Ferdinand 1983: Die Postmaterialismuskonzeption in der empirischen Sozialforschung: Politisch und wissenschaftlich überlebt oder immer noch zukunftsweisend?, in: *PVS* 24, S. 218-228.
- NORUSIS, Marija 1987: *SPSS/PC⁺. Advanced Statistics*, Chicago, Ill.: SPSS Inc.
- PAPPI, Franz Urban 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Ergebnis eines Zeitvergleichs des deutschen Elektorats 1953 und 1976, in: KAASE, Max, Hrsg.: *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*, *PVS* 18, S. 195-229.
- PAPPI, Franz Urban 1985: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel, in: OBERNDÖRFER, Dieter/RATTINGER, Hans/SCHMITT, Karl, Hrsg.: *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot, S. 263-290.
- PAPPI, Franz Urban 1990: Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel, in: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter, Hrsg.: *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 15-30.
- PAPPI, Franz-Urban/LAUMAN, Edward O. 1974: Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten, in: *ZfS* 3, S. 157-188.
- PEDERSEN, Mogens N. 1983: Changing Patterns of Electoral Volatility in European Party Systems, 1948-1977: Explorations in Explanation, in: DAALDER, Hans/MAIER, Peter, Hrsg.: *Western European Party Systems. Continuity and Change*, Beverly Hills/London/New Delhi: Sage, S. 29-66.
- POPPER, Karl R. 1972: Die Logik der Sozialwissenschaften, in: ADORNO, Theodor W. et al.: *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Neuwied: Luchterhand, S. 103-123.
- ROKKAN, Stein 1976: Zur entwicklungssoziologischen Analyse von Parteiensystemen. Anmerkungen für ein hypothetisches Modell, in: STAMMEN, Theo, Hrsg.: *Vergleichende Regierungslehre. Beiträge zur theoretischen Grundlegung und exemplarische Einzelfallstudien*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 360-395.
- ROSE, Richard/URWIN, Derek 1970: Persistence and Change in Western Party Systems Since 1945, in: *Political Studies* 18, S. 287-319.
- SCHUCHARD-FICHER, Christiane u.a. 1982: *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*, zweite verbesserte Auflage, Berlin u.a.: Springer.

- SHAMIR, Michael 1984: Are Western Party Systems Frozen? in: Comparative Political Studies 17, S. 35-79.
- STINCHCOMB, Arthur 1975: Social Structure and Politics, in: GREENSTEIN, Fred I./POLSBY, Nelson W., Hrsg.: Handbook of Political Science, Bd. 3, Reading, Mass.: Addison Wesley, S. 557-622.
- STROM, Kaare 1989: Inter-Party Competition in Advanced Democracies, in: Journal of Theoretical Politics 1, S. 277-300.
- THOMAS, John Clayton 1980: Ideological Trends in Western Political Parties, in: MERKL, Peter H., Hrsg.: Western European Party Systems: Trends and Prospect, New York: The Free Press, S. 348-366.
- TURNER, Bryan S. 1989: From Postindustrial Society to Postmodern Politics: the Political Sociology of Daniel Bell, in: GIBBINS, John R., Hrsg.: Contemporary Political Culture. Politics in a Postmodern Age, London et al.: Sage, S. 199-217.
- WOLINETZ, Steven B. 1979: The Transformation of Western European Party Systems, in: West European Politics 2, 4-28.

Anhang :**A. Stichprobenumfang**

BRD	2078
UK	1982
ITA	2151
NL	2030
FRA	1998

B. Dokumentation der Variablen (Wiedergabe der Erhebungsfragen in der Bundesrepublik Deutschland)

1. Parteipräferenz: "Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?"

2. Links-Rechts-Selbsteinstufung: "In der Politik spricht man von 'links' und 'rechts'. Wie würden Sie persönlich ihren politischen Standpunkt auf dieser Liste einordnen?"

Verschlüsselung:

1 'ganz links' 10 'ganz rechts'.

3. Materialismus/Postmaterialismus: "Es gibt im Augenblick eine Reihe von Diskussionen, was die Ziele der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten 10 bis 15 Jahren sein sollten. Auf dieser Liste sind einige Ziele aufgeführt, denen verschiedene Leute den Vorrang einräumen würden. Würden Sie mir bitte sagen, welches davon Sie selbst für das wichtigste auf längere Sicht halten?"

Verschlüsselung:

1 'materialistisch': Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung der Nation und Kampf gegen Preissteigerungen; 3 'postmaterialistisch': Verstärktes Mitspracherecht der Bevölkerung bei wichtigen Regierungsentscheidungen und Schutz der freien Meinungsäußerung; 2 'gemischt': andere Zielkombinationen.

4. Religion: "Betrachten Sie sich als einer Religionsgemeinschaft zugehörig und wenn ja, welcher?"

Verschlüsselung:

alle fünf Länder: katholisch: '1' ja, '0' nein; konfessionslos: '1' ja, '0' nein.
England/Schottland/Wales und Niederlande: zusätzlich zu katholisch: angelikanisch/
evangelisch: '1' ja, '0' nein.

5. Berufstätigkeit: "Welchen Beruf üben Sie (übt der Haushaltungsvorstand) zur Zeit aus bzw. haben Sie (hat er) zuletzt ausgeübt?"

Anmerkung: falls der Befragte berufstätig ist, erfolgt eine Verschlüsselung des eigenen Berufs, falls nicht Verschlüsselung des Berufs des Haushaltungsvorstandes. Bei Vorhandensein des Merkmals wurde der Wert '1' zugewiesen, bei Nichtvorhandensein der Wert '0'.

Verschlüsselung:

Alte Mittelschicht (kleine, mittlere und größere Selbständige, Selbständige Landwirte): '1' ja, '0' nein; Neue Mittelschicht (Angestellte, Beamte, Freie Berufe): '1' ja, '0' nein; Arbeiter (ungelernte, angelernte Arbeiter, einfache und qualifizierte Facharbeiter): '1' ja, '0' nein.

6. Formales Bildungsniveau: "Wie alt waren Sie, als Sie Ihre Schul- zw. Universitäts-ausbildung beendeten?"

Verschlüsselung:

'1' niedriges Bildungsniveau (14 oder 15 Jahre);
'2' mittleres Bildungsniveau (16 bis 18 Jahre);
'3' hohes Bildungsniveau (19 Jahre und älter).